

Liebe Thüringer Antifaschistinnen und Antifaschisten,
der Thüringer Antirassistische und Antifaschistische Ratschlag findet seit der „Wende“ jährlich als Forum zum Austausch, zur Vernetzung, zur Diskussion und zur engeren praktischen Zusammenarbeit aller antifaschistischen Kräfte in Thüringen statt. Das ist auch notwendiger denn je, angesichts der Rechtsentwicklung der deutschen Bundesregierung, die wiederum rechte, rassistische bis hin zu faschistischen Kräfte ermutigt und bestärkt, aus ihren braunen Löchern zu kriechen. Besonders in Thüringen erleben wir in den letzten Monaten die Situation, dass faschistische Strukturen eher geschützt werden, während Antifaschisten, Linke und Revolutionäre kriminalisiert werden. So gab es am 6. März 2018 Hausdurchsuchungen bei kurdischen und linken Aktivisten in Erfurt und Schalkau. Die Urteile im NSU-Prozess haben gezeigt, dass der Staat auch kein wirkliches Interesse an der lückenlosen Aufklärung aller Hintermänner hat. Die Freilassung vom Ralf Wohlleben ist ein Skandal! An Pfingsten wurde das rebellische Musikfestival von zwei Hundertschaften der Polizei umstellt, MLPD-Mitglieder bekamen „Gefährderbriefe“ und ihnen wurde mit Verhaftung gedroht mit dem vorgeschobenen Vorwurf der „Terrorismusunterstützung“ aufgrund des Auftritts der türkischen Band Grup Yorum. Dank des offensiven Vorgehens des Musikfestivals, von MLPD und REBELL, breiter Öffentlichkeit und der Ablehnung dieses Vorgehens in der Bevölkerung sowie Solidarität aus Thüringen, Deutschland und international musste die Polizei wieder abziehen. Die MLPD unterstützt den Antifaschistischen Ratschlag, hat in der Vergangenheit zur Teilnahme geworben und sich mit einzelnen Mitgliedern auch beteiligt. Die MLPD entschloss sich, den Ratschlag ab 2018 auch als Organisation zu unterstützen und zu seinem Gelingen beizutragen.

Ausgehend von „antideutschen Kräften“ u.a. aus der Antifa Suhel/Zella-Mehlis wurde innerhalb des Organisationskreises jedoch beschlossen, dass die MLPD nicht mitarbeiten darf.

Angesichts der Rechtsentwicklung der Regierung und der Konzentration der Faschisten in Thüringen ist das ein schwerer Schlag gegen den Aufbau einer breiten antifaschistischen Aktionseinheit! Auf der Homepage des Ratschlags wird auf die überparteiliche Breite des Ratschlags hingewiesen: „Der Ratschlag Thüringen wird getragen von Sozialdemokrat_innen, autonomen Antifaschist_innen, Gewerkschafter_innen und Gewerkschaften, Feminist_innen, Bildungsarbeiter_innen, Umweltbewegten, kirchlichen Organisationen und vielen mehr. Für uns ist es eine Lehre aus der Geschichte der antifaschistischen Bewegungen, nicht nach guten und schlechten Antifaschist_innen zu sortieren“ Mit ihren Ausschlussbestrebungen gegen die MLPD verabschiedeten sich die „Antideutschen“ genau von diesem Grundkonsens der antifaschistischen Bewegung. Eine solche Spaltung darf von keinem ehrlichen Antifaschisten akzeptiert werden! Die überparteiliche Einheit war in den letzten Jahren entscheidend dafür, dass bei den

meisten Faschistenaufmärschen in Deutschland das Vielfache an Gegendemonstranten auftrat. In Dresden z.B. wurden die europaweiten Naziaufmärsche sogar zum Aufgeben gebracht, weil Tausende von SPD bis MLPD, von Antifagruppe bis zu junger Kirchengemeinde und vielen mehr gleichberechtigt und konsequent protestierten.

Vorwurf „Antisemitismus“

Der MLPD wird allen ernstes Antisemitismus vorgeworfen und unter diesem konstruierten Vorwurf ein Ausschluss gerechtfertigt. Natürlich haben Antisemiten nichts in einem antifaschistischen Bündnis zu suchen und es wäre vollkommen richtig, sie auszuschließen. Nur: Was hat die MLPD mit Antisemitismus zu tun? Die MLPD hat sich zum Existenzrecht Israels unmissverständlich positioniert, lehnt jede Form von Antisemitismus und Rassismus ab, auch islamistisch-faschistische Anschläge auf Israel, wie sie beispielsweise von der Hamas begangen werden.

Antisemitismus = Antizionismus?

Es ist falsch Antisemitismus mit Antizionismus gleichzusetzen. Der Zionismus ist eine rassistische, nationalistische Ideologie, der das jüdische Volk als von Gott auserwählt über alle anderen Völker stellt. Geleitet vom Zionismus verabschiedete die Knesset im Juli ein rassistisches „Nationalitätengesetz“, welches arabische Minderheiten im Land diskriminiert. Das Gesetz legalisiert u.a. rein jüdische Siedlungen und sieht sie als „nationalen Wert an und wird diese ermutigen und fördern“. Jüdische Siedlungen auch in unrechtmäßig besetztem Land werden zum Staatsziel erklärt. Man stelle sich einmal vor, Heimatminister Seehofer würde Gemeinden in Bayern zu „rein deutschen“ Gemeinden erklären. Ein Aufschrei würde auch durch die Reihen der „Antideutschen“ gehen. Aber in Israel ist Rassismus in Ordnung? Es geht bei der Kritik an der israelischen Regierung nicht um Kritik an den dort lebenden Menschen. Die MLPD verteidigt den berechtigten Widerstand gegen imperialistische Besatzungspolitik - in jedem Land. Eine Kritik an der Politik der Regierung eines Landes verurteilt doch nicht alle in dem Land wohnenden Menschen! Warum soll also eine Kritik an der Politik Netanjahus Antisemitismus sein? Ist der Islamophob, der den faschistischen Kurs Erdogans in der Türkei kritisiert? Wer die deutsche Bundesregierung für ihre Rechtsentwicklung kritisiert, diffamiert ja damit auch nicht die deutsche Bevölkerung? Hier geht es um die Unterdrückung, sowohl der israelischen Bevölkerung (die ja übrigens auch in den letzten Monaten immer wieder massenhaft gegen Netanjahu protestiert) als auch der palästinensischen Bevölkerung durch eine imperialistische Regierung – das hat mit der vorherrschenden Religion im Land überhaupt nichts zu tun!

Stefan Engel, der langjährige Vorsitzende der MLPD schrieb kürzlich in einem Artikel: „Freunde der israelischen Regierung sagen, wir haben eine besondere Verantwortung für die Juden. Richtig, haben wir. Deshalb muss ich doch nicht die reaktionäre Politik der israelischen Regierung verteidigen. Wir haben aber auch eine besondere Verantwortung gegenüber allen osteuropäischen Völkern und vor allem gegenüber Russland, wo 20 Millionen Leute im Krieg umgebracht wurden. Wurde das etwa beachtet, als die Sowjetunion noch sozialistisch war?“¹. Es steht der Vorwurf im Raum, das rebellische Musikfestival an Pfingsten in Truckenthal würde sich nicht von antisemitischen Bands distanzieren. Welch ein Unsinn! Das Festival förderte eine internationalistische Kultur, wies Rassismus in jeder Form zurück und organisierte praktischen Widerstand gegen Frencks Nazi-Events. Zu den Unterstützerinnen gehörten u.a. die deutsch-jüdischen Aktivistinnen Evelyn Hecht-Galinski und Felicia Langer. Einer der Künstler sang jüdische Texte und berichtete vor und mit seinen Liedern über fortschrittliche jüdische Kultur, Geschichte und Widerstand im Hitlerfaschismus. Die MLPD und ihr Jugendverband REBELL leisten eine aktive antifaschistische Arbeit in Thüringen. 2016 initiierten wir zusammen mit verschiedenen Bündniskräften eine Demonstration gegen eines der ersten faschistischen Großevents in Hildburghausen. 2017 und 2018 waren wir in Themar ebenfalls ein wichtiger Aktivposten.



Themar 2017: breite Aktionseinheit gegen Faschisten-Konzerte

Was wollen die „Antideutschen“?

Welches Motiv verfolgen die „Antideutschen“ in der antifaschistischen Bewegung? In der Praxis haben sie immer wieder bewiesen, dass sie breite antifaschistische Bündnisse ablehnen. Statt aktiv zu den Protesten gegen die „Tage der nationalen Bewegung“ am 8./9. Juni 2018 in Themar zu mobilisieren, riefen sie auf ihrer Facebook-Seite alle Antifaschisten dazu auf, die Themaraner alleine zu lassen: „Nehmt euch einen Tag Urlaub und fahrt lieber irgendwo hin, wo es schöner ist als in Themar“¹ Anschließend diffamierten sie

die Aktivitäten der Themaraner auf Facebook ziemlich arrogant-überheblich als „Elend des Gegenprotests“, „bunte Suppe“ und „inhaltsarme Einheitsfront“. Wer sind die „Antideutschen“? Offenbar ist ihr oberstes Ziel, antifaschistische Bündnisse zu spalten und gegen die MLPD zu hetzen. Am 25./ 26.05.18 fand in Frankfurt ein Kongress der Antideutschen zum Thema „Antisemitismus in der Linken“ mit ca. 150 vor allem jungen Leuten statt, eingeleitet von Volker Beck/ Grüne und gefördert durch das Bundesfamilienministerium. Dort wurde offenbar als Leitlinie rausgegeben, dass die MLPD aus allen antifaschistischen Bündnissen rauszudrängen sei. Die Homepage „Belltower“ schrieb nach einer Solinger Demo am 26.05.18, auf der die MLPD von „Antideutschen“ aufs Übelste beschimpft und attackiert wurde: „Spätestens nach diesem erneuten Eklat (den allerdings die Antideutschen selbst und nicht die MLPD organisierte – der Verfasser) ist ein linker Konsens darüber notwendig, dass das Erscheinen dieser stalinistischen, antidemokratischen Sekte MLPD zukünftig nicht mehr bei linken Demonstrationen geduldet wird.“² Ausgrenzung von Marxisten-Leninisten als Prinzip bei linken Demonstrationen? Damit wird deutlich, dass es hier überhaupt nicht mehr um einen breiten starken antifaschistischen Widerstand oder einen Gegenpol zur Rechtsentwicklung der Regierungen geht. Nicht verwunderlich, denn die Webseite gehört der Antonio-Amadeo-Stiftung, die sich zu 52% aus Geldern der Bundesregierung finanziert (870.000 € pro Jahr). Im Stiftungsrat sitzt Stephan Kramer, Präsident des Verfassungsschutz Thüringen, der wiederum enge Verbindung zu Volker Beck hat.³ Kramers Verfassungsschutz tut sich bekanntlich nicht besonders dadurch hervor, konsequente Aufklärung und Bekämpfung faschistischer Strukturen zu betreiben. In seinen monatlichen Dossiers gewinnt man den Eindruck, dass die MLPD eines der hauptsächlichen Beobachtungsziele des Verfassungsschutz ist.⁴ Das bestätigt auch die Süddeutsche Zeitung, die nach einer Recherche im April 2017, also weit nach der angeblichen „Erneuerung“ des Verfassungsschutz Thüringen schreibt: „In den oberen fünf Stockwerken des Beton-Kastens in Erfurt widmet man sich stattdessen, wie eh und je, der MLPD“⁵ (Anmerkung: das Gebäude hat bloß 8 Stockwerke) Das Orga-Team des Antifaschistischen Ratschlags Thüringen leistet Stephan Kramer und dem Verfassungsschutz Thüringen damit letztlich einen guten Dienst. Natürlich ist die MLPD bereit, mit jedem zusammen zu arbeiten, der auch andere Positionen vertritt - aber auf Grundlage ehrlicher antifaschistischer Arbeit. Diese Breite und Überparteilichkeit haben wir immer gepflegt und unterstützt.